



## MORNING NEWS 18. August 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net %		VORTAG
DAX	24.359,30	-18,20	-0,07	24.377,50	DJ 30	44.946,12	34,86	0,08	44.911,26
MDAX	30.951,69	-167,10	-0,54	31.118,79	NASDAQ	23.712,07	-120,37	-0,51	23.832,44
TEC DAX	3.780,38	6,31	0,17	3.774,07	Nikkei 225	43.717,81	339,50	0,78	43.378,31
Euro Stoxx50	5.448,61	13,91	0,26	5.434,70	Hang Seng	25.426,53	156,46	0,62	25.270,07
Bund Future	128,81	0,01	0,01	128,80	Euro / US-\$	1,1710	0,00	0,06	1,1703
Gold in US-\$	3.357,16	20,97	0,63	3.336,19	Öl (Brent) US-\$	65,87	0,02	0,03	65,85
Bitcoin / US-\$	115.576,69	-2.115,89	-1,80	117.692,58	Ethereum / US-\$	4.338,95	-131,93	-2,95	4.471,06

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.421	+62
NASDAQ Future	23.850,25	+46,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG € %		SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	237,29	0,29	0,00	237,00	277,85	1.292.643,00
Nokia OJ	3,59	-0,02	-0,01	3,61	4,20	12.638.768,00

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		<b>BHP Group</b> (22:00 Gj)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Baugenehmigungen	Juni	08:00	n/a
EWU	Handelsbilanz, sb	Juni	11:00	n/a (16,2) Mrd €
EWU	Handelsbilanz, nsb	Juni	11:00	14,5 (16,2) Mrd €
D	Bundesbank, Monatsbericht	August	12:00	n/a
USA	NAHB Wohnungsmarkt-Index	August	16:00	34 (33)

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,23 (1,07)	10-jährige Bonds	-0,219	4,32%
Volumen NASDAQ	8,14 (9,07)	30-jährige Bonds	-0,562	4,91%

()=Vortag

**Deutliche Kursgewinne** bei den Aktien des Index-Schwergewichts **UnitedHealth** haben am Freitag den US-Standardwerten Auftrieb gegeben. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte stieg um 0,1 Prozent auf 44.946 Punkte, nachdem er zum Handelsstart sogar bis auf ein neues Rekordhoch von 45.159 Stellen geklettert war. Der breiter gefasste S&P 500 fiel um 0,3 Prozent auf 6449 Zähler und der Index der Tech-Börse Nasdaq gab 0,4 Prozent auf 21.622 Punkte nach.

Für die Gesamtwoche ergeben sich damit für den S&P und die Nasdaq ein Plus von knapp einem Prozent und für den Dow von 1,7 Prozent.

**UnitedHealth** zogen um zwölf Prozent an. Star-Investor Warren Buffett hat sich mit seiner Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway bei dem Krankenversicherer eingekauft. Er besaß per Ende Juni rund fünf Millionen Aktien im Wert von rund 1,57 Milliarden Dollar, wie aus einer Mitteilung der Holding an die US-Börsenaufsicht hervorgeht.

Im Blick behalten die Investoren auch die Verhandlungen in Alaska. Dort begann das Treffen von US-Präsident Donald Trump mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin über eine mögliche Beendigung des Ukraine-Krieges.

Anleger klopfen zudem **US-Konjunkturdaten** auf Hinweise zur weiteren **Zinspolitik** der US-Notenbank Fed ab. Die Einzelhandelsumsätze stiegen im Juli zwar wie erwartet. Jedoch fiel der Index der Uni Michigan für das Verbrauchervertrauen angesichts steigender Inflationserwartungen stärker als prognostiziert. "Solange die Konsumausgaben stabil bleiben und die Unternehmen dank dieser robusten Ausgaben ihre Mitarbeiter halten können, kann der Motor weiterlaufen und die Unternehmensgewinne und Aktienkurse nach oben treiben", sagte Chris Zaccarelli, Chief Investment Officer bei Northlight Asset Management. Die Experten gehen davon aus, dass die US-Notenbank Fed die Zinsen im September um 25 Basispunkte senken wird.

Bei den Einzelwerten stachen **Intel** mit einem Aufschlag von drei Prozent heraus. Einem Medienbericht zufolge befindet sich die Trump-Regierung in Gesprächen mit dem angeschlagenen Chiphersteller, um eine mögliche Beteiligung der US-Regierung an dem Unternehmen auszuloten.

Im Techsektor brachen Aktien von **Applied Materials** um 14,1 Prozent ein. Der Chiphersteller lieferte aufgrund der schwachen Nachfrage in China einen mauen Ausblick auf das vierte Quartal und schürte damit die Besorgnis über zollbedingte Risiken für die Branche. Im Sog dessen gaben auch die Aktien der Konkurrenten **Lam Research** und **KLA Corp** deutlich nach.

## US Unternehmen

Der Facebook-Mutterkonzern **Meta** will einem Medienbericht zufolge seinen **Bereich für künstliche Intelligenz (KI)** das vierte Mal innerhalb von sechs Monaten **umstrukturieren**. Dies berichtete *"The Information"* am Freitag (Ortszeit) unter Berufung auf drei mit der Angelegenheit vertraute Personen. Demnach will das Unternehmen seine neue KI-Einheit, Superintelligence Labs, in vier Gruppen aufteilen: ein neues "TBD Lab", kurz für "to be determined" (noch zu bestimmen), ein Produktteam einschließlich des Meta-KI-Assistenten, ein Infrastrukturteam und das Fundamental AI Research (FAIR)-Labor, das sich auf langfristige Forschung konzentriert, so der Bericht. Die Nachrichtenagentur *Reuters* konnte die Angaben nicht unabhängig überprüfen.

## Marktmeldungen

**Bundesfinanzminister** Lars Klingbeil hat angesichts einer drohenden **Milliardenlücke im Haushalt 2027 Steuererhöhungen** nicht ausgeschlossen. Letztlich brauche man ein Gesamtpaket, um die Lücke von 30 Milliarden Euro zu füllen, sagte der SPD-Chef und Vizekanzler am Sonntag im *ZDF-Sommerinterview*. "Und da nehme ich keine Option vom Tisch", erklärte Klingbeil auf die Frage nach möglichen Steuererhöhungen. Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen müssten sich fragen, welchen Beitrag sie leisteten, damit es im Land gerechter zugehe. In der Koalition von Union und SPD müsse man sich nun fragen, wo man Subventionen abbauen könne und wo man die sozialen Sicherungssysteme reformieren könne. Der Minister kündigte eine "enorme Kraftanstrengung" an, um Einsparungen im Kernhaushalt vorzunehmen. Er erwarte von allen Ministerien, dass sie Sparvorschläge vorlegten.

**Führende Unternehmenslenker** warnen einem Medienbericht zufolge vor einem **Verbleib Deutschlands im Krisenmodus** ohne strukturelle Reformen. "Manche Industrien, in denen wir in der Vergangenheit sehr erfolgreich waren, stehen vor immensen Herausforderungen oder können so in Deutschland nicht mehr verteidigt werden", sagte **Siemens-Chef** Roland Busch der *"Bild am Sonntag"*. "Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen anpackender werden: intelligentere Bürokratie, weniger Bedenken, dafür mehr Agilität und mehr Mut", sagte Belén Garijo, **Chefin des Pharmaunternehmens Merck**, dem Blatt. **Mercedes-Chef** Ola Källenius forderte, die



Bundesregierung müsse "entschieden für eine Reform des Green Deals eintreten - im Schulterschluss mit Paris, Rom und Warschau". "Entweder passt sich Europa an die aktuellen Realitäten an oder es riskiert, seine industrielle Führungsrolle zu opfern – für Überregulierung und Stillstand", sagte der Konzernchef der Zeitung. "Einzelmaßnahmen bringen nicht viel, gefragt ist ein umfassendes und durchdachtes Reformkonzept, das ressortübergreifend gestaltet werden muss", erklärte Clemens Fuest, **Präsident des ifo-Instituts**.

Bei den letzten Details für das **Handelsabkommen** zwischen der **EU** und den **USA** sorgen einem Medienbericht zufolge **Uneinigigkeiten über die europäischen Digitalgesetze** für Verzögerungen. Die Europäische Union wehrt sich dagegen, den sogenannten Digital Services Act (DSA) zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen, wie die "*Financial Times*" am Sonntag berichtete. Eine endgültige Fassung für das im Juli erzielte Handelsabkommen ziehe sich unter anderem deshalb hin. Kern des Streits seien demnach Unstimmigkeiten über Formulierungen zu "nichttarifären Handelshemmnissen".

**Wladimir Putin** ist es gelungen, die jahrelangen Versuche des Westens zu durchbrechen, ihn zu isolieren. Zudem konnte er bei dem **Gipfel mit Donald Trump** in Alaska die US-Position im Ukraine-Krieg zu seinen Gunsten verschieben und die unmittelbare Verhängung neuer Sanktionen abwenden. Insofern scheint er der klare taktische Sieger des Treffens. Das sehen auch russische Staatsmedien so, die einen Triumph feiern. Allerdings sind Putins strategische Gewinne unsicher und seine wichtigsten wirtschaftlichen Ziele blieben unerfüllt. Er hat einen Erfolg errungen, dessen Dauerhaftigkeit sich erst noch zeigen muss. Ein Gewinn war für Putin bereits die Inszenierung des Gipfels. Roter Teppich, Trumps "Applaus" beim Empfang, die gemeinsame Fahrt in der Präsidentenlimousine "The Beast" - all das signalisierte der Welt, dass die Isolation beendet ist. Dabei liegt gegen Putin ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vor. "Drei Jahre lang haben sie über die Isolation Russlands gesprochen, und heute konnten sie sehen, wie der rote Teppich ausgerollt wurde, um den russischen Präsidenten in den USA willkommen zu heißen", sagte etwa die russische Außenamts-Sprecherin Maria Sacharowa. Ex-Präsident Dmitri Medwedew erklärte gar, der Mechanismus für hochrangige Treffen sei "in seiner Gesamtheit wiederhergestellt". Der größte Erfolg für Putin betrifft aber den Ukraine-Krieg. Er überzeugte Trump offenbar, von der bisherigen Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand abzurücken. Stattdessen soll nun direkt über eine Friedenslösung verhandelt werden – eine Position, die Moskau seit langem vertritt. Zuvor hatten die Ukraine und ihre europäischen Verbündeten mit Unterstützung der USA auf einem Waffenstillstand als Vorbedingung bestanden. Hinter den Kulissen untermauerte Putin seine diplomatischen Vorstöße mit konkreten Forderungen vor dem Hintergrund russischer Geländegewinne an der Front. Er ist Insidern zufolge bereit, die Frontlinien in den Regionen Saporischschja und Cherson einzufrieren. Im Gegenzug müsse sich die Ukraine aus den Regionen Donezk und Luhansk vollständig zurückziehen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj lehnt dies ab. Trump übt nun aber Druck auf Kiew und Europa aus. Der "New York Times" zufolge sagte Trump europäischen Politikern, ein solcher Kompromiss würde zu einer Einigung beitragen. Nach dem Gipfel sagte Trump, die Ukraine müsse einen Deal machen, "denn Russland ist eine sehr große Macht, und sie (die Ukraine) sind es nicht" (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump empfängt am Montag den **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus. Das bilaterale Treffen finde um 13.15 Uhr Ortszeit (19.15 Uhr MESZ) statt, teilt das Weiße Haus mit. Für 15.00 Uhr Ortszeit (21.00 Uhr MESZ) sei zudem ein multilaterales Treffen mit europäischen Staats- und Regierungschefs angesetzt (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump fordert den **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj zu einer **Verhandlungslösung im Krieg mit Russland** auf. Selenskyj könne den Krieg "fast sofort" beenden, wenn er dies wolle, schreibt Trump auf seiner Online-Plattform Truth Social. Als Bedingungen nennt er den Verzicht der Ukraine auf die Halbinsel Krim sowie auf eine Nato-Mitgliedschaft (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj will nach seiner Ankunft in Washington **Russland gemeinsam mit den USA und Europa zu einem Frieden zwingen**. "Ich hoffe, dass unsere gemeinsame Stärke mit Amerika und mit unseren europäischen Freunden Russland zu einem echten Frieden zwingen wird", schreibt Selenskyj auf dem

Kurznachrichtendienst Telegram. Er sei dem US-Präsidenten für die Einladung dankbar. "Wir alle wollen diesen Krieg gleichermaßen schnell und verlässlich beenden." (Reuters).

**Führende europäische Politiker** und der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj wollen nach dem Gipfeltreffen in Alaska mit **US-Präsident** Donald Trump das **weitere Vorgehen für einen Friedensprozess** abstimmen. Bundeskanzler Friedrich Merz wird dazu am Montag ebenso wie Selenskyj und andere europäische Staats- und Regierungschefs zu politischen Gesprächen in die US-Hauptstadt reisen, teilte die Bundesregierung am Sonntag mit. US-Außenminister Marco Rubio sagte, die USA würden den Europäern **Sicherheitsgarantien für die Ukraine** anbieten. Der US-Sonderbeauftragte Steve Witkoff erklärte, die USA könnten der Ukraine einen Nato-ähnlichen Schutz anbieten, und Russland habe einem solchen Plan erstmals zugestimmt. Am Nachmittag hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zunächst Selenskyj empfangen, bevor beide an einer Schaltleiste der sogenannten "Koalition der Willigen" zur Ukraine-Unterstützung teilnahmen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron warnte auf der Konferenz, die Lage sei nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Europa "äußerst ernst". Er glaube nicht, dass der russische Präsident Wladimir Putin Frieden wolle. "Wenn wir heute vor Russland Schwäche zeigen, legen wir damit die Basis für künftige Konflikte", sagte er. Am Sonntag hatten mehrere europäische Spitzenpolitiker erklärt, dass sie am Montag wie Selenskyj im Weißen Haus sein werden. Neben Merz, Macron und von der Leyen gehören dazu etwa der britische Premierminister Keir Starmer, Nato-Generalsekretär Mark Rutte, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sowie der finnische Präsident Alexander Stubb. Laut Bundesregierung wird es bei dem Gespräch mit Trump unter anderem um **"Sicherheitsgarantien, territoriale Fragen und die fortdauernde Unterstützung der Ukraine in der Abwehr der russischen Aggression"** gehen. Dazu gehöre auch die Aufrechterhaltung des Sanktionsdrucks. Merz wertete die Zusage von Sicherheitsgarantien Trumps als Fortschritt. Wenn das Friedensabkommen gelinge, "ist das mehr wert als ein Waffenstillstand, der möglicherweise über Wochen andauert, ohne weitere Fortschritte in den politischen, diplomatischen Bemühungen", sagte der Kanzler. Trump drängt dagegen auf eine schnelle Einigung und strebt ein baldiges Dreier-Treffen mit Selenskyj und Putin an. "Großer Fortschritt bei Russland" schrieb er am Sonntag, ohne Details zu nennen. Vieles war nach dem Alaska-Gipfel von Trump und Putin noch unklar. Experten sehen Putin als taktischen Sieger. Denn er überzeugte Trump offenbar, von dessen bisherigen Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand abzurücken. Stattdessen soll nun direkt über eine Friedenslösung verhandelt werden. Das hat Russland seit langem gefordert. Die Europäer pochen dagegen auf eine vorangehende Waffenruhe, schon weil offenbar Gespräche auf Basis der bisherigen Frontlinie geführt werden sollen. "Wir brauchen echte Verhandlungen, was bedeutet, dass wir dort anfangen können, wo die Frontlinie jetzt ist", sagt Selenskyj in Brüssel. Um über ein endgültiges Abkommen zu verhandeln, sei deshalb zunächst ein Waffenstillstand notwendig (Reuters).

Der Politikwissenschaftler **Carlo Masala** befürchtet **verheerende Konsequenzen** für die **Ukraine**, sollte Russland im Zuge von Friedensgesprächen auf einer Abtretung des gesamten **Donbass** im Osten des Landes bestehen. Das Gebiet verfüge über gut gesicherte Festigungsanlagen, man spreche auch von der "Festung des Donbass", erklärte der Experte der Bundeswehr-Universität München im ZDF-"heute journal".

**Russland** knüpft seine **Zustimmung zu Sicherheitsgarantien** für die Ukraine an **glaubwürdige Zusicherungen für die eigene Sicherheit**. Dies erklärt der russische Gesandte bei den internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, am frühen Montag auf der Plattform X. Russland stimme der Forderung vieler EU-Staaten nach Garantien für die Ukraine zu, habe aber das gleiche Recht, auch für Moskau wirksame Sicherheitsgarantien zu erwarten (Reuters).

Bei einem **russischen Luftangriff** auf ein Wohngebiet in der nordostukrainischen Stadt **Charkiw** sind in der Nacht zum Montag nach Angaben der örtlichen Behörden drei Menschen getötet worden, darunter ein Kleinkind. 17 weitere Menschen wurden verletzt, wie die ukrainischen Behörden weiter mitteilten. Ein zweijähriger Junge sei bei einem Drohnenangriff am frühen Morgen getötet worden, erklärte Regionalgouverneur Oleh Synehubow auf dem Kurznachrichtendienst Telegram. Vor dem Drohnenangriff war das Wohngebiet den Angaben zufolge auch von einer ballistischen Rakete getroffen worden (Reuters).

Mit einem **landesweiten Streik** haben am Sonntag tausende **Israelis** eine Einigung mit der radikal-islamischen **Hamas** gefordert, damit die im Gazastreifen festgehaltenen **Geiseln** freigelassen werden. Sie riefen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu dazu auf, durch eine Einigung den Krieg im Gazastreifen zu beenden. Im ganzen Land blockierten Demonstranten Straßen und Autobahnen, darunter die Hauptverbindung zwischen Jerusalem und Tel Aviv. Bei Kundgebungen schwenkten sie israelische Flaggen und hielten Fotos von Geiseln in die Höhe. Die israelische Polizei teilte mit, bis zum Nachmittag seien 38 Demonstranten festgenommen worden. Einige Protestierende hätten sich Rangeleien mit Polizisten geliefert (Reuters).

Die radikal-islamische **Hamas** bezeichnet den von Israel geplanten **Umsiedlungsplan für den Gazastreifen** als "neue Welle von Völkermord und Vertreibung" für Hunderttausende von Einwohnern. Die geplante Bereitstellung von Zelten und anderer Ausrüstung für Unterkünfte durch Israel im Süden des Küstengebiets sei eine "offensichtliche Täuschung", teilt die Gruppe mit (Reuters).

**Israel** hat nach eigenen Angaben eine von den Huthi-Rebellen genutzte **Energieanlage im Jemen** angegriffen. Israelischen Medienberichten zufolge wurde das Kraftwerk Haziz südlich der Hauptstadt Sanaa getroffen. Das Militär teilt mit, es handele sich um eine Reaktion auf wiederholte Angriffe der vom Iran unterstützten Huthi auf Israel (Reuters).

Das zuletzt zugespitzte Verhältnis zwischen **Indien** und den **USA** wegen **strittiger Handelsfragen** bleibt Insiderangaben zufolge angespannt. Ein für den 25. bis 29. August geplanter Besuch von US-Unterhändlern in Neu-Delhi sei abgesagt worden, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Person der Nachrichtenagentur *Reuters*. Damit verzögern sich die Gespräche über ein angestrebtes Handelsabkommen zwischen den beiden Volkswirtschaften. Die Verhandlungen würden auf einen noch unbestimmten Termin verschoben.

Bei der **Präsidentenwahl in Bolivien** liegt der zentristische Senator Rodrigo Paz ersten Nachwahlbefragungen zufolge vorn und steuert auf eine Stichwahl gegen den konservativen Ex-Präsidenten Jorge "Tuto" Quiroga zu. Der Regierungspartei "Bewegung zum Sozialismus" (MAS) droht eine schwere Wahlniederlage. Paz von der Christdemokratischen Partei (PDC) kam demnach auf 31,3 Prozent der Stimmen, wie der Fernsehsender Unitel TV am Sonntag meldete. Quiroga erreichte 27,3 Prozent. Der MAS-Kandidat Eduardo del Castillo landete mit nur 3,2 Prozent weit abgeschlagen. Erhält kein Kandidat mehr als 40 Prozent der Stimmen mit einem Vorsprung von zehn Prozentpunkten, findet am 19. Oktober eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten statt (Reuters).

## Automobile / Zulieferer

**Großbritannien** verlängert die **Kaufprämien für elektrische Lieferwagen und Lkw**. Die als "plug-in van and truck grant" bekannte Subvention werde bis mindestens 2027 fortgesetzt, teilte die Regierung in London mit. Die für die Zukunft der Straßen zuständige Ministerin Lilian Greenwood habe dies bestätigt, hieß es weiter. Mit der Maßnahme soll der Umstieg auf emissionsfreie Nutzfahrzeuge gefördert werden (Reuters).

## Immobilien

Der Immobilienkonzern **TAG Immobilien** hat eigenen Angaben zufolge eine Vereinbarung zum Erwerb von etwa 5300 **Neubauwohnungen in Polen** für einen Kaufpreis von umgerechnet 565 Millionen Euro unterzeichnet. Wie das Unternehmen am frühen Samstagmorgen mitteilte, ist der Erwerb über die einhundertprozentige polnische Tochtergesellschaft Vantage Development S.A. erfolgt. "Das strategische Ziel, spätestens bis Ende des Jahres 2028 über circa 10.000 Mietwohnungen in Polen zu verfügen, werden wir mit Hilfe dieser Akquisition deutlich früher als geplant erreichen", erklärte Claudia Hoyer, Mitgeschäftsführerin der TAG. Wie das in Deutschland und Polen tätige Unternehmen mitteilte, wird eine Freigabe der Transaktion durch die polnische Kartellbehörde zum Ende des dritten beziehungsweise im Verlauf des vierten Quartals 2025 erwartet (Reuters).

**TAG Immobilien** will nach einem Zukauf in Polen künftig einen höheren Anteil des operativen Gewinns als **Dividende** direkt an die Aktionäre weitergeben. Erstmals für das Geschäftsjahr 2026 will der Immobilienkonzern mindestens 50

Prozent des operativen Gewinns (FFO I) ausschütten. Für das laufende Geschäftsjahr gelte weiter die bisherige Ausschüttungsquote von 40 Prozent, teilte das Unternehmen am Samstag in Hamburg mit (dpa/AFX).

### Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Im **Tarifkonflikt** bei der Fluggesellschaft **Air Canada** spitzt sich die Lage zu. Das Kabinenpersonal will seinen Streik fortsetzen und sich einer Anordnung der Regierung zur Wiederaufnahme der Arbeit widersetzen. Die Gewerkschaft Canadian Union of Public Employees (CUPE) bezeichnete die Anordnung am Sonntag als verfassungswidrig. Die Mitglieder würden im Streik bleiben, teilte die Gewerkschaft mit und forderte Air Canada auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, "um einen fairen Abschluss zu verhandeln". Die Flugbegleiter sollten ihre Arbeit eigentlich um 14.00 Uhr Ortszeit (20.00 Uhr MESZ) wieder aufnehmen. Der Streik hatte am Samstag zum Ausfall von rund 700 Flügen geführt, wovon mehr als 100.000 Passagiere betroffen waren. Es ist der erste Ausstand der Flugbegleiter seit 1985, nach monatelangen, ergebnislosen Tarifverhandlungen.

Die größte australische Fluggesellschaft **Qantas Airways** ist wegen der rechtswidrigen Entlassung von 1800 Mitarbeitern während der Covid-19-Pandemie zu einer **Geldstrafe** von 58,64 Millionen Dollar verurteilt worden. Dies entschied ein Bundesgericht am Montag. Die Strafe liegt nahe am gesetzlichen Höchstmaß. Richter Michael Lee erklärte in seiner Urteilsbegründung, die Strafe müsse so hoch sein, dass sie "nicht als Teil der üblichen Geschäftskosten angesehen werden kann". Es gehe darum, eine "echte Abschreckung" für große börsennotierte Unternehmen zu erreichen, die versucht sein könnten, gesetzeswidriges Verhalten in Kauf zu nehmen (Reuters).

### Technologie

Der Finanzinvestor **Advent** will den Schweizer Chip- und Softwarehersteller **U-Blox** für 1,05 Milliarden Franken (etwa 1,1 Milliarden Euro) übernehmen. Advent kündigte am Sonntagabend ein Kaufangebot von 135 Franken je Aktie in bar an. Das entspreche einer Prämie von 53 Prozent auf den unbeeinflussten, volumengewichteten Durchschnittskurs der letzten sechs Monate, hieß es. Der Verwaltungsrat von U-Blox empfehle den Aktionären die Annahme des Angebots einstimmig. Der größte Einzelaktionär, SEO Master Fund LP, der rund neun Prozent an dem Unternehmen halte, habe sich verpflichtet, alle seine Aktien anzudienen. Der Abschluss werde innerhalb der kommenden sechs Monate erwartet (Reuters).



STEU BING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Steubing AG  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

Wolfgang Schroth  
T +49 69 29716 144  
[wolfgang.schroth@steubing.com](mailto:wolfgang.schroth@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

